

## **Nationale Hochschulpolitik im Europäischen Hochschulraum**

Studiengebühren und Hochschulgovernance in Deutschland, England und Österreich

### **Abstract zur Dissertation**

Seit Verabschiedung der Bologna-Erklärung im Jahr 1999 sind sich, trotz aller Kritik, die Hochschulsysteme der Teilnehmerstaaten ähnlicher geworden. Die Forschung der letzten Jahre hat hierfür verschiedene Bestimmungsfaktoren herausgearbeitet. Kaum untersucht worden ist in diesem Zuge jedoch, ob parallel zu den Kernelementen der Bologna-Erklärung auch in den unter nationaler Autonomie verbleibenden Teilen der Hochschulpolitik eine Diffusion von erfolgreich eingeschätzten Policies stattgefunden hat – vor dem Hintergrund einer von der Europäischen Kommission angestrebten breiten "offenen Koordinierung" von administrativen Regelungen wie auch redistributiven Policies eine durchaus relevante Frage. Die Studie geht dem nach, indem sie nach Konvergenzbefunden in der dezidiert nationalen Hochschulpolitik sucht und nach dahinter liegenden Mechanismen fragt.

Aus der Sicht politikwissenschaftlicher Theorie erscheint zunächst unklar, ob ein "spill-over" Bologna-induzierter Konvergenz in die nationale Hochschulpolitik realistisch ist. In der Arbeit wird daher unter Berücksichtigung verschiedener Theorie-Elemente aus der Konvergenzforschung, der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung und der prozessorientierten Politikfeldanalyse ein Erklärungsmodell entwickelt, das sowohl konvergenzinduzierende Faktoren abbildet als auch mögliche Hindernisse für eine Konvergenz auf Ebene des Nationalstaats.

Das Modell wird in den drei Untersuchungsländern anhand von zwei Teilfeldern der nationalen Hochschulpolitik (Studiengebührenpolitik und Umgestaltung der Hochschulgovernance) mit der Empirie konfrontiert. Durch diese Vorgehensweise wird ein mehrfach kontrollierter Vergleich erzeugt: Gegenübergestellt werden nicht nur unterschiedliche "Welten des Wohlfahrtsstaats", sondern auch redistributive und regulative Teilfelder von Hochschulpolitik. Den methodischen Zugang bilden Experteninterviews mit politischen Entscheidungsträgern und Vertretern von Interessengruppen.

Die Untersuchung zeigt, dass die nationale Hochschulpolitik während des Beobachtungszeitraums in den drei Ländern nur auf bestimmten Gebieten ähnlicher wurde, während es auf anderen Gebieten wiederum zu einer Divergenz kam. Ausführlich werden die Gründe erörtert: Entstandene Divergenzen können mit Rückgriff auf die je nach betroffenem Teilfeld der nationalen Hochschulpolitik unterschiedlich antizipierten Wirkung von Policies erklärt werden. Bei redistributiven Hochschulpolicies bestehen in den Wohlfahrtsstaatstypen unterschiedlich definierte Angemessenheitskorridore fort. Auch nach Bologna sind die Entscheidungsträger nicht gewillt, diese zu verlassen. Auf eher regulativen Feldern kann sich dagegen eher eine ungehinderte Diffusion von Best Practices entfalten, die jedoch den Unterschied zwischen Vorreitern und Nachzüglern nicht einebnen kann.

Auf diese Überlegung aufbauend schließt die Arbeit mit politik-praktischen Bemerkungen hinsichtlich Policy-Lernen in der Hochschulpolitik.